

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 915 20-0
Telefax: 866 848 ppbn d
Telefax: 915 20-12

Inhalt

Horst Siefert MdB zu Schlußfolgerungen aus einem Besuch vor Ort: Dem Gebiet Kaliningrad effizient helfen.

Seite 1

Horst Kiesecker MdL zum Erfordernis, fragwürdige und illegale Finanzmanipulationen zu unterbinden: Jahr für Jahr 400 Milliarden DM Verlust durch Betrug.

Seite 2

Dietmar Schütz MdB zur Notwendigkeit, ökologische und ökonomische Erfordernisse auszugleichen: Bundesregierung verwässert Naturschutz-Bestimmungen.

Seite 3

Dr. Margrit Wetzel MdB zur Forderung an die Bundesregierung, den verfassungsrechtlich bedenklichen Gesetzentwurf zur "Südfahrt Stendal" zurückzuführen: Die Verkehrspolitik und die Gewaltenteilung.

Seite 4

48. Jahrgang / 71

15. April 1993

Dem Gebiet Kaliningrad effizient helfen Zu Schlußfolgerungen aus einem Besuch vor Ort

Von Horst Siefert MdB

Auch, wenn das Thema Hilfen für den "Oblast Kaliningrad", also das "Gebiet Kaliningrad", und die Ansiedlung Deutscher im ehemaligen nördlichen Ostpreußen äußerst sensibel zu handhaben ist, darf es in Deutschland nicht mit zu spitzen Fingern angefaßt werden.

Zu begrüßen ist, daß die Bundesregierung für 1994 die Einrichtung eines Konsulats in Kaliningrad plant. Dies ist ein deutliches Zeichen für die Anerkennung dieses Gebietes als autonome Region.

Rechtsgerichtete Kreise in Deutschland und auch die Vertriebenenorganisationen, die mit der Einrichtung eines deutschen Konsulats in Kaliningrad andere Ziele verfolgt sehen wollen, hintergehen ihre Klientel und wecken falsche Hoffnungen. Jeder, der noch irgendwelche Restansprüche auf dieses Gebiet meint vertreten zu müssen, sollte nun einsehen, daß dies ein nutzloses Unternehmen ist.

Inzwischen tummeln sich sehr unterschiedliche bundesdeutsche Interessengruppen im Kaliningrader Gebiet. Die dortigen politisch Verantwortlichen äußern mit Recht den Wunsch, daß die Bundesrepublik Deutschland durch offizielle Hilfen dazu beiträgt, teilweise recht undurchsichtigen Gruppierungen das Wasser abzugraben. Diese gewähren Hilfe unter dem Deckmantel der Versöhnung, in Wirklichkeit taucht aber das alte Anspruchsdenken der ewig Gestrigen auf. Die Hilfe aus Deutschland muß daher unbedingt aus dem Halbdunkel heraus!

Die Bedenken der Politiker in Kaliningrad sind nämlich mehr als berechtigt. So entdeckte man in einem Hotel einen in russischer Sprache abgefaßten Prospekt der Ostpreußischen Landsmannschaft, in dem es unter anderem heißt: "Die Geschichte hat kein letztes Kapitel". Dies ist im übrigen eine Binsenweisheit, stößt aber in diesem Zusammenhang doch mehr als bitter auf.

In Bezug auf das Referendum im Rahmen des Versailler Vertrags von 1920, als sich die Bewohner Ostpreußens zu 97 Prozent für ihre Zugehörigkeit zu Deutschland ausgesprochen haben, heißt es dann in dem erwähnten Prospekt auch unmißverständlich weiter: "Diese Erde bleibt deutsch - das war das Motto der damaligen Tage. Und das Land bleibt deutsch!... Die Veränderungen der existierenden Gesetzordnung befreien uns von unserer Geschichte und unserer kulturellen Verantwortung vor der Zukunft nicht."

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Freiwillige Leistung
mit wertvollen Rückgaben
Recycling-Papier



Von in Kaliningrad ansässigen Deutschstämmigen wurde uns erstaunt ein Flugblatt (Charta der Heimatvertriebenen von 1950) des Bundes der Vertriebenen überreicht mit der Bitte diese Art der Publikation nicht weiter ins Land zu bringen. Es heißt dort (in deutsch und russisch): "Wir haben unsere Heimat verloren. Heimatlose sind Fremdinge auf dieser Erde. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat trennen, bedeutet ihn im Geiste zu töten. Wir haben dieses Schicksal erlitten und erlebt. Daher fühlen wir uns berufen zu verlangen, daß das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird. So lange dieses Recht nicht verwirklicht ist, wollen wir nicht zur Untätigkeit verurteilt beiseite stehen...".

Das wird im "Oblast Kaliningrad" als Anspruch von Deutschen auf das Gebiet Königsberg verstanden. Die Liste derartiger Merkwürdigkeiten kann beliebig weitergeführt werden. So hat ein bundesdeutscher Verein in einem Unterrichtsraum für deutsche Sprache eine Deutschland-Karte aufgehängt, die die Grenzen des Jahres 1937 zeigt. Die Ansammlung derartiger Vorgänge macht die Unsicherheit der Leute in Kaliningrad nur zu gut verständlich.

Sinnvolle und rücksichtsvoll vorgehende Hilfsmaßnahmen organisieren zum Beispiel der Verein für das Deutschtum im Ausland (leider ist die Arbeit einer deutschen Sprachassistentin an einer Schule in Kaliningrad nur begrenzt finanziert) und die evangelisch-lutherische Kirche. Auch das Russisch-deutsche Haus könnte eine gute Anlaufstelle werden. Ich hoffe, daß man hier durch gezielte Koordination das Hilfschaos vermeidet, das sich durch mangelnde Abstimmung als Effektivitätsbremse für alle anderen Hilfsmaßnahmen für die Länder der ehemaligen Sowjetunion ausgewirkt hat.

Es ist davon auszugehen, daß etwa 15.000 Deutsche bereits in diesem Gebiet leben. Sie kommen vorwiegend aus den mittelasiatischen Republiken, wo sich der Druck auf Russen und Deutsche verstärkt. Häufig sind es gemischte Familien aus Deutschen und Russen, die bis jetzt von einer Ausreise nach Deutschland Abstand genommen haben und hoffen, in Kaliningrad und damit näher an Deutschland eine Zukunft zu haben. Diese Hoffnung wird aber nicht lange währen, wenn sich die Bundesregierung nicht bald zu sichtbarer, effizienter Hilfe für die Region entschließt.

(-/15. April 1993/rs/ks)

Jahr für Jahr 400 Milliarden DM Verlust durch Betrug
Zum Erfordernis, fragwürdige und illegale Finanzmanipulationen zu unterbinden

Von Horst Kiesecker MdL
Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Der inzwischen fast schon zum Volkssport gewordene Milliardenschwindel bei den Subventionen, den Versicherungen und dem Finanzamt, darf nicht länger toleriert werden.

Es sind mindestens 400 Milliarden DM die Jahr für Jahr durch Versicherungsbetrug, Steuerhinterziehung und Subventionsschwindel verloren gehen. Der entstandene Schaden, das zu Unrecht ergaunerte Geld, muß von allen Bürgern konkret ersetzt werden. Den finanziellen Vorteil, die goldenen Badewannen, haben nur wenige.

Eine Frechheit ist in meinen Augen die von namhaften multinationalen Unternehmen schon offen zugegebene Verschiebung und Verschleiерung bei der Bilanzierung ihrer Kosten und Aufwendungen. Viele Manager sind sich nicht zu fein, betriebswirtschaftliche Probleme zu Lasten der Volkswirtschaft und damit aller Bürger zu lösen. Dies geschieht dadurch, daß Aufwendungen bilanztechnisch dort gebucht werden, wo die Steuern hoch sind, der Steuerpflicht aber wiederum nur dort nachgekom-

men wird, wo der Steuersatz günstig ist. Nach den Arbeitsplätzen werden nun auch noch die Steuerzahlungen ins Ausland verlagert.

In der Managersprache spricht man in diesem Zusammenhang von einer "Optimierung der Steuerzahlungen". In Wahrheit ist dies eine klare Steuerhinterziehung. Solche Bilanztricks sind aber auch in höchstem Masse mittelstandsfeindlich, weil gerade mittelständische Unternehmen eben nicht die "Ausweichmöglichkeit ins Ausland" haben.

Wenn derzeit Mißbräuche vorrangig im sozialen Bereich angeprangert werden, muß gefragt werden ob hier nicht mit Kanonen auf Spatzen geschossen wird. Sicher gibt es auch auf dem sozialen Sektor Mißbräuche, die bekämpft und abgestellt werden müssen. Lohnendes Ziel für die Kanonen wären aber eher die Milliarden, die mit gefälschten Unterlagen, getürkten Zeugen und Bilanzakrobatik bei Versicherungen, Steuern und den Subventionen erschwindelt werden.

Ich habe im Stuttgarter Landtag eine Initiative zur Bekämpfung dieser Betrugsmanöver eingebracht.
(-/15. April 1993/rs/ks)

Bundesregierung verwässert Naturschutz-Bestimmungen
Zur Notwendigkeit, ökologische und ökonomische Erfordernisse auszugleichen

Von Dietmar Schütz MdB
Mitglied des Umwelt-Ausschusses des Deutschen Bundestages

Die Bundesregierung macht sich unter dem Vorwand, die Dauer von Planungs- und Genehmigungsverfahren verkürzen zu wollen, daran, zahlreiche, offensichtlich ungeliebte Bestimmungen zum Schutz von Umwelt und Natur zu verwässern oder gar zu beseitigen. Ein deutliches Beispiel hierfür ist die gravierende Einschränkung der Mitwirkungsrechte für engagierte Bürger und Naturschutzverbände.

Dabei ist unstrittig, daß mangelnde Akzeptanz eines Vorhabens bei der Bevölkerung zu Verzögerungen bei Genehmigungsverfahren und späteren, langwierigen Prozessen führt. Bürger und Naturschutzverbände müssen im Interesse eines möglichst reibungslosen Verfahrens frühzeitig mitwirken können: Der Druck muß aus dem Kessel entweichen können, bevor er explodiert.

Einen offenen Angriff auf den Naturschutz sehe ich in der neuen Regelung, daß Bauvorhaben innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile (Paragraph 34 BauGB) künftig nicht mehr als Eingriffsregelung im Sinne des Naturschutzrechts anzusehen sind. Ich befürchte, daß diese Regelung dazu führt, daß künftig gebaut wird, ohne Alternativen und Maßnahmen zum Ausgleich des Eingriffs in die Natur überhaupt geprüft zu haben.

Für die SPD steht die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren außer Frage. Wann der Wirtschaftsstandort Deutschland künftig attraktiv bleiben soll, bedarf es Verfahren, die es einem potentiellen Investor ermöglichen, eine getroffene Investitionsentscheidung ebenso schnell wie sicher umsetzen zu können.

Wir halten es aber für den falschen Weg, naturschutzrechtliche Regelungen außer Kraft zu setzen. Wir setzen uns vielmehr dafür ein, die Vorbereitung und den Ablauf der oft ineffizienten und bürokratischen Antragsverfahren von unnötigem Ballast zu entschlacken.

(-/15. April 1993/rs/ks)

Die Verkehrspolitik und die Gewaltenteilung

Zur Forderung an die Bundesregierung, den verfassungsrechtlich bedenklichen Gesetzentwurf zur "Südmfahrung Stendal" zurückzuziehen

Von Dr. Margrit Wetzel MdB

Der Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages muß sich jetzt mit einem Antrag der SPD-Fraktion beschäftigen, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, den "Entwurf eines Gesetzes über den Bau der Südmfahrung Stendal der Eisenbahnstrecke Berlin-Oabisfelder" zurückzuziehen und schnellstens die Überleitung in ein ordentliches Verwaltungsverfahren zu veranlassen.

Die Anhörung des Verkehrsausschusses zum Investitionsmaßnahmegesetz hat die Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit und dem Sinn des Gesetzentwurfes bestätigt. Das Verfahren der Verkehrswegeplanung durch Maßnahmegesetze bringt keinen Zeitgewinn, sondern deutlich erkennbar Zeitverluste, insbesondere weil Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht zu erwarten sind.

Die Schnellbahnstrecke Berlin - Hannover wird ein Jahrhundertbauwerk, das ausgereifte Lösungen verlangt, die vor allem den regionalen Entwicklungschancen in den neuen Bundesländern sowie der städtebaulichen Entwicklung Stendals Rechnung tragen.

Die Vorarbeiten, die dem Gesetzentwurf zugrunde liegen, sind offenkundig mit erheblichen Mängeln behaftet. Erforderliche Nachbesserungen, so unter anderem die notwendige Alternativenuntersuchung zur Berücksichtigung der gravierenden Einwände der Stadt Stendal gegen die Trassenführung, ohne die ein übliches Verwaltungsverfahren überhaupt nicht weitergeführt werden würde, sind im Zuge einer Gesetzesberatung mit den darin üblichen Mehrheitsentscheidungen nicht zu leisten.

Das Parlament kann deshalb die erforderliche verantwortliche Abwägung überhaupt nicht vornehmen.

Der Gesetzentwurf ist de facto ein Versuch, den vorhandenen sachlichen Konflikt in der Trassenfindung der Schnellbahnstrecke dadurch zu umgehen, daß eine Verwaltungsmaßnahme in -abstimmungsbedürftige - Gesetzesform gekleidet wird.

Zugleich wird damit eine wirksame Rechtskontrolle unterbunden.

Das Investitionsmaßnahmegesetz erlaubt keine sachlichen Korrekturen, keine Änderungsanträge.

Es ist kein beratungsfähiges Gesetz, es ist eine durch keine Öffentlichkeit, durch kein politisch-parlamentarisches Gremium kontrollierte Verwaltungsmaßnahme, die vom Bundestag mehrheitlich nur noch abgesehen werden soll.

Dies ist ein gravierender funktioneller Verstoß gegen die Gewaltenteilung, ein solches Verfahren muß unserem Selbstverständnis als Parlamentarier elementar widersprechen.

Wenn die Regierung nicht in der Lage ist, den Abschnitt 4.3. der Schnellbahnstrecke Hannover-Berlin in ein ordentliches Verwaltungsverfahren überzuleiten, wird das Bundesverfassungsgericht einmal mehr wegen der politischen Inkompetenz der Regierung bemüht werden müssen:

Soll das Parlament zukünftig alle eilbedürftigen Genehmigungsentscheidungen an sich ziehen?

Kann über die Standfestigkeit von Eisenbahnbrücken, über landespflegerische Begleitmaßnahmen willkürlich gewählter Teilabschnitte von Verkehrswegen, über Flurbereinigungen oder Grundstücksenteignungen per Abstimmung im Bundestag befunden werden?

Darf der Bundestag in die Verwaltungskompetenz der Länder bei Straßenprojekten eingreifen, wenn ja, bei welchen und bei welchen nicht? Oder ist das ganze Verfahren nicht doch eklatant verfassungswidrig?

Durch den politischen Beschluß, das Investitionsmaßnahmegesetz abzulehnen und dessen Überleitung in ein herkömmliches Verwaltungsverfahren zu verlangen, hätten die Parlamentarier die Chance, weitere Zeitverluste für die Realisierung der Schnellbahnstrecke zu minimieren und dem Verfassungsgericht eine peinliche Klage zu ersparen.

(-/15.April 1993/rs/ks)
